Sitzungsprotokoll

Zl. 1/2022

GEMEINDERATSSITZUNG

am Mittwoch, 26. Jänner 2022 um 19.00 Uhr im Gemeindesaal Wiesing

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

Anwesende:

Herr Bgm. Schiestl Stefan als Vorsitzender

Die GemeinderätInnen:

Herr. Bgm. Stv. Keiler Hermann

Frau Wiedner Brigitte

Herr Schlögl Bernd (in Vertretung für Herrn Singer Andreas)

Herr Daberto Sandro

Herr Untermair Christian

Herr Wachter Bernhard (in Vertretung für Herrn Ing. Schreder Kaspar)

Herr Amplatz Michael

Frau Zingerle Alexandra

Frau Chelucci Maria

Herr Rott Michael

Frau Furtner Marina (in Vertretung für Herrn Theuretzbacher Marco)

Frau Verra Patrizia

Herr Danzl Stefan

Herr Klammer Hubert

Entschuldigt oder abwesend:

Herr Singer Andreas

Herr Ing. Schreder Kaspar

Herr Theuretzbacher Marco

Außerdem anwesend:

Frau Mag. Gasteiger Martina als Schriftführerin

Die Mitglieder des Gemeinderates wurden fristgerecht im Sinne des § 34 TGO von der Abhaltung der Sitzung verständigt. Die Gemeindevertretung zählt 15 Mitglieder, anwesend davon 15 - die Beschlussfähigkeit ist daher gegeben. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2.	Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes im Bereich der Gst.Nrn. 1073, 1075, 1076, 1287/2 und .343
3.	Neuerlicher Beschluss zum Entwurf des Bebauungsplanes im Bereich der Gst.Nrn. 1073, 1075, 1076, 1287/2 und .343
4.	Änderung Flächenwidmungsplan eines Teilbereiches der Gst. Nr. 963/138, KG Wiesing – Kirchmair Gerhard und Claudia
5.	Änderung Flächenwidmungsplan eines Teilbereiches der Gst. Nr. 880, KG Wiesing – Thaler Lukas
6.	Vergabe Arbeiten Dachsanierung Gemeindewohnhaus Dorf 69a
7.	Beschluss Verordnung Friedhofsgebühren der Gemeinde Wiesing
8.	Anfragen, Anträge und Allfälliges
9.	Beschluss Ausschluss der Öffentlichkeit
10.	Personalangelegenheiten:
10.1.	Verlängerung Dienstvertrag Reinigungskraft

Sitzungsverlauf und Beschlüsse

1. Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung und stellt aufgrund der Anwesenheit der GemeinderätInnen die Beschlussfähigkeit der Gemeinderatssitzung fest.

Der Bürgermeister stellt die Anfrage an den Gemeinderat, ob der Tagesordnungspunkt 9 „Ausschluss der Öffentlichkeit“ mehrheitlich beschlossen werden kann. Unter Punkt 10.1 soll eine Personalangelegenheit im Gemeinderat unter Ausschluss der Öffentlichkeit besprochen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Punkt 10.1 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

2. Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes im Bereich der Gst.Nrn. 1073, 1075, 1076, 1287/2 und .343:

Am 24.11.2021 hat der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing mit 8-Ja Stimmen und 7- Nein Stimmen die Auflage und die Erlassung des vorliegenden ausgearbeiteten Entwurfes eines Bebauungsplanes von DI Kotai Christian, vom 04.11.2021, Zahl BEB 66/2021 beschlossen.

Während der Auflage- und Stellungnahme Frist gingen bei der Gemeinde Wiesing dazu insgesamt 5 Stellungnahmen ein, wobei jeweils zwei davon vom gleichen Antragsteller stammen und völlig ident sind.

- Stellungnahme von Herrn Kainer Herbert, Dorf 3, 6210 Wiesing vom 19.12.2021 (eingelangt am 28.12.2021)
- Stellungnahme von Herrn Kainer Herbert, Dorf 3, 6210 Wiesing vom 20.12.2021 (eingelangt am 30.12.2021)
- Stellungnahme von Frau Zingerle Alexandra, Rofansiedlung 479, 6210 Wiesing und Mitunterfertigte (Frau Chelucci Maria, Herr Theuretzbacher Marco, Herr Rott Michael, Frau Verra Patrizia, Herr Danzl Stefan, Herr Klammer Hubert) vom 22.12.2021 (eingelangt am 28.12.2021)
- Stellungnahme von Frau Zingerle Alexandra, Rofansiedlung 479, 6210 Wiesing und Mitunterfertigte (Frau Chelucci Maria, Herr Theuretzbacher Marco, Herr Rott Michael, Frau Verra Patrizia, Herr Danzl Stefan, Herr Klammer Hubert) vom 27.12.2021 (eingelangt am 30.12.2021)
- Stellungnahme von RA Dr. Walzel von Wiesintreu Thomas, in Vertretung für Herrn Ing. Kreidl Alois, Frau Dr. Kreidl Lisa Maria, BSc und Herrn Kreidl Stefan vom 27.12.2021 (eingelangt per Email am 27.12.2021)

Bereits in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.01.2022 war der Raumplaner DI Kotai anwesend und hat zu allen raumordnerischen Punkten der eingegangenen Stellungnahmen seine Antworten und Argumentationen allen Anwesenden detailliert und ausführlich mitgeteilt. Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses konnten Fragen dazu stellen, die alle vom Raumplaner beantwortet wurden.

Die Stellungnahme des Raumplaners der Gemeinde Wiesing, Herr DI Kotai Christian, Huberstraße 34c, 6200 Jenbach, vom 23.01.2022 zu allen eingelangten Stellungnahmen zum Bebauungsplan BEB/66-2021 vom 04.11.2021, liegt der Gemeinde vor und wird im Zuge dieser Gemeinderatssitzung vorgetragen.

Zusammengefasst kommt der Raumplaner zu der Folgerung, dass aus raumplanerischer Sicht die eingegangenen Stellungnahmen nicht zu berücksichtigen sind und er den Entwurf des Bebauungsplanes in der vorliegenden Form dem Gemeinderat zum Beschluss empfiehlt.

Sämtliche Punkte der eingelangten Stellungnahmen der Beschwerdeführer werden im Detail, Punkt für Punkt, behandelt.

Die wichtigsten und in den einzelnen Stellungnahmen mehrmals ident vorkommenden Argumente dürfen im Folgenden mit der Stellungnahme vom Raumplaner DI Kotai angeführt werden:

Fehlende Prüfung, Grundlagenforschung und Interessenabwägung:

Bezüglich der nicht in der Stellungnahme angeführten und nicht durchgeführte Prüfung, Grundlagenforschung und Interessensabwägung darf festgehalten werden, dass diese Grundlagenerarbeitung sehr wohl durchgeführt wurde.

Bei der Prüfung wurde die Erforderlichkeit eines Bebauungsplanes geprüft. Gemäß dem Erkenntnis des Tiroler Landesverwaltungsgerichtes (LVwG-2021/43/1457-15 vom 06.10.2021) besteht für das Grundstück 1075 eine Bebauungsplanpflicht, weshalb zumindest für dieses Grundstück ein Bebauungsplan zu erlassen ist. Im Sinne der Interessensabwägung wurde der Planungsbereich erweitert. Gem. § 54 Abs. 1 sind Bebauungspläne möglichst für funktional zusammenhängende Gebiete zu erlassen.

- Es wurden in dieser Sache mehrere Lokalaugenscheine vor Ort durchgeführt unter der Teilnahme der Hauptbeteiligten, jedoch konnte keine Einigung erzielt werden.

- Es wurde ein Vermesser mit der Erhebung der Grundlagendaten für den Bebauungsplan beauftragt (Gelände und Gebäudehöhen)
- Es wurden die Bauakten erhoben
- Es wurde ein Verkehrsgutachten erstellt
- Es wurde vom Baubezirksamt eine Stellungnahme eingeholt
- Es wurden die weiteren Grundlagen aus der Bearbeitung des Flächenwidmungsplanes, des Raumordnungskonzeptes und aus dem Erkenntnis des Tiroler Verwaltungsgerichtes entnommen, wodurch ersichtlich ist, dass eine Grundlagenerhebung im erforderlichen Ausmaß sehr wohl durchgeführt wurde.

Ausgearbeiteter Entwurf des Bebauungsplanes entspricht nicht den Bestimmungen des TROG 2016:
 Zum Punkt, dass der Bebauungsplan nicht den Bestimmungen des TROG 2016 entspricht, darf festgehalten werden:

Gem. § 56 TROG 2016 sind folgende Inhalte im Bebauungsplan verpflichtend festzulegen:
 § 56

Inhalte

(1) Im Bebauungsplan sind hinsichtlich der verkehrsmäßigen Erschließung die **Straßenfluchtlinien** (§ 58) und hinsichtlich der Bebauung die **Baufluchtlinien** (§ 59 Abs. 1 und 2), die **Bauweisen** (§ 60), die **Mindestbaudichten** (§ 61) und die **Bauhöhen** von Gebäuden (§ 62 Abs. 1) festzulegen.

Bei der Durchsicht des Bebauungsplanes ist festzustellen, dass die Mindestinhalte gem. TROG 2016 vorhanden sind, wodurch der Bebauungsplan den Bestimmungen des Raumordnungsgesetzes entspricht.

Zusätzlich zu den Mindestinhalten wurden festgelegt:

- eine maximal zulässige Höchstdichte
- eine maximale Bauplatzgröße
- und die maximale Zahl der oberirdischen Geschoße.
- Weiters wurde die Gebäudehöhe angepasst an die Planung bzw. an den Bestand, sowie angepasst an die Geländehöhen vorgegeben.

Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes Tirol besagt nicht, dass ein Bebauungsplan erlassen werden muss:

Im Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes wurde die Frage der Bebauungsplanpflicht für das Grundstück 1075 KG Wiesing behandelt und die Bebauungsplanpflicht für gegeben erachtet, da eine Bebauung dieses Grundstückes mit mehr als 5 Wohneinheiten möglich ist. Aus diesem Grund fehlt dem Baubescheid für das eingebrachte Bauansuchen durch die Bauwerber, Fa. HOME Immobilien M.H. GmbH, die Grundlage. Genau aus diesem Grund wurde dieser Baubescheid vom Landesverwaltungsgericht aufgehoben.

Um der vom Gericht festgestellten Bebauungsplanpflicht nachzukommen wurde der gegenständliche Entwurf des Bebauungsplans erarbeitet und dem Gemeinderat zur Auflage und Beschlussfassung vorgeschlagen.

Im Sinne der Interessensabwägung wurde Bezug nehmend auf die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes und zur Schaffung einer geordneten Zufahrt sowie zur Schaffung einer geordneten baulichen Entwicklung, der Planungsbereich auf die vom Bebauungsplan umfassten Grundstücke bzw. die von der Zufahrt betroffenen Grundstücke ausgeweitet. Vom Planungsbereich nicht berücksichtigt wurden die bereits bebauten Grundstücke 342 (für das ein Bebauungsplan bereits besteht) und 1291/9 KG Wiesing sowie das nicht als Bauland gewidmete Grundstück 1286 KG Wiesing (Freiland).

Vorwurf der Fehlinformation durch den Raumplaner an den Gemeinderat:

Dieser Vorwurf wird vom Raumplaner DI Kotai aufs Schärfste zurückgewiesen.

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 22.11.2021 war DI Kotai persönlich anwesend. Die Thematik wurde detailliert allen Anwesenden erklärt und es wurde intensiv darüber diskutiert.

Kostenvorschreibung an den Bauwerber:

Laut Kostenbeitragsverordnung 2021, Fassung vom 24.01.2022 kann seitens der Gemeinde bei der Ausarbeitung des vorliegenden Bebauungsplanes nach §2 Abs. 1) b) (offene Bauweise) einmalig 200 € eingefordert werden.

Alle weiteren Kosten, Vermessung, Verkehrsgutachten, Stellungnahmen Raumplaner, etc., müssen von der Gemeinde getragen werden.

Bebauungsplanpflicht durch Landesverwaltungsgericht angeordnet:

Zu dieser Einwendung von Hr. Kainer ist anzumerken, dass es richtig ist, dass die Bebauungsplanpflicht vom Verwaltungsgericht für das Grundstück 1075 festgestellt wurde.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurden in Wiesing mit einer diesbezüglichen Empfehlung des Bauausschusses und des Gemeinderates, Bauverfahren von Gebäuden mit maximal 5 Wohneinheiten ohne Erlassung eines Bebauungsplanes von der Baubehörde durchgeführt. Dies erfolgte in Anlehnung an den § 55 Abs. 1 TBO 2006 des Raumordnungsgesetzes 2006.

Auszug § 55 Abs. 1 TBO 2006

§ 55

Ausnahmen, Befreiung

(1) Die Verpflichtung zur Erlassung allgemeiner und ergänzender Bebauungspläne nach § 54 Abs. 1 besteht nicht

- a) für einzelne unbebaute Grundstücke im Bereich zusammenhängend bebauter Gebiete oder im unmittelbaren Anschluss an solche Gebiete, die aufgrund ihrer Größe nur mit Wohngebäuden mit höchstens fünf Wohnungen oder mit Gebäuden für Kleinbetriebe bebaut werden können, und
- b) für bereits bebaute Grundstücke.

Da die Wohnungsgröße der zulässigen 5 Wohneinheiten bis zum gegenständlichen Erkenntnis des Tiroler Landesverwaltungsgerichtes nicht definiert war, galt die Rechtsmeinung, dass für Grundstücke, die mit nicht mehr als 5 Wohneinheiten bebaut werden, die Bebauungsplanpflicht nicht besteht und das Bauvorhaben entsprechend der Ausnahmeregelung des § 55 TBO 2006 zu beurteilen ist.

In der Verhandlung am Tiroler Landesverwaltungsgericht wurde vom Sachverständigen festgehalten, dass für ihn eine Bebauung mit 5 Wohneinheiten mit je 30 m² schon zu einer Bebauungsplanpflicht führen würden. Dieser Ansicht hat der Richter Folge geleistet, weshalb von einer Bebauungsplanpflicht nunmehr für alle unbebauten Grundstücke auszugehen ist und die im Raumordnungsgesetz vorgesehene Ausnahme nicht mehr zur Anwendung kommen kann.

Aufgrund des Erkenntnisses des Tiroler Verwaltungsgerichtes wurde die Bebauungsplanpflicht für das Grundstück 1075 KG Wiesing bestätigt, weshalb der Baubescheid für das Bauvorhaben der Bauwerber Fa. HOME M.H. GesmbH aufzuheben war.

Um der vom Gericht festgestellten Bebauungsplanpflicht nachzukommen wurde der gegenständliche Entwurf des Bebauungsplans erarbeitet und dem Gemeinderat zur Auflage vorgeschlagen.

Im Sinne der Interessensabwägung wurde Bezug nehmend auf die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes und zur Schaffung einer geordneten Zufahrt sowie zur Schaffung einer geordneten baulichen Entwicklung, der Planungsbereich auf die vom Bebauungsplan umfassten Grundstücke bzw. die von der Zufahrt betroffenen Grundstücke ausgeweitet.

Vom Planungsbereich nicht berücksichtigt wurden die bereits bebauten Grundstücke .342 (für das ein Bebauungsplan bereits besteht) und 1291/9 KG Wiesing sowie das nicht als Bauland gewidmete Grundstück 1286 KG Wiesing (Freiland).

Grundstück 1076 – Verkehrsfläche:

Beim Grundstück 1076 handelt es sich um eine Verkehrsfläche und sie wurde im vorliegenden Bebauungsplan als eine von Straßenfluchtlinie umfasste Fläche dargestellt.

Da es sich bei einer Verkehrsfläche um eine Kenntlichmachung und nicht um eine Widmungskategorie handelt, ist die Darstellung entsprechend den Vorgaben des TROG 2016 im Bebauungsplan enthalten und die Darstellung der Widmungskategorie Freiland nicht erforderlich.

Bebauungsvorgaben für Verkehrsflächen sind im Raumordnungsgesetz nicht vorgesehen.

Abstand – Straßenfluchtlinie:

Das Verkehrskonzept des Ingenieurbüros für Verkehrswesen Hirschhuber und Einsiedler OG wurde in die Bebauungsplanung übernommen.

Den Abstand zur Straße regelt gem. § 5 TBO 2018 die Baufluchtlinie. Auszug TBO 2018 § 5 Abs. 1 § 5

Abstände baulicher Anlagen von den Verkehrsflächen

- (1) Der Abstand baulicher Anlagen von den Verkehrsflächen wird durch die in einem Bebauungsplan festgelegten Baufluchtlinien oder durch Bauungsregeln nach § 31b Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 bestimmt, soweit in den Abs. 2 und 3 nichts Anderes festgelegt ist.

Dichtebestimmungen:

Im gegenständlichen Bebauungsplan wurde eine Dichtevorgabe in Form einer maximalen Nutzflächendichte von 0,6 vorgegeben. Diese errechnet sich aus den Vorgaben, die bei der Erstellung des Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Wiesing für die Dichteklasse D1 zugrunde lagen.

Damals wurde die Dichte 1 mit einer Geschoßflächendichte von höchstens 0,7 festgelegt. Die Geschoßflächendichte ist im derzeit rechtsgültigen Raumordnungsgesetz nicht mehr vorgesehen und wurde von der Nutzflächendichte abgelöst, weshalb diese im gegenständlichen Bebauungsplan zu verordnen ist.

Berechnungsmodell:

Um die Nutzflächendichte in die Geschoßflächendichte umzurechnen, sind Wandstärken und Treppen mit einem Faktor von ca. 20 % zu berücksichtigen

Daraus ergibt sich: $NFD \times 1,2 = GFD$ bzw. $GFD / 1,2 = NFD$

$0,7 \text{ NFD} / 1,2 = 0,583 \text{ NFD}$, weshalb eine maximale Nutzflächendichte von 0,6 entsprechend der Dichteklasse D 1 des Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Wiesing in den Bebauungsplan übernommen wurde.

Diese Dichtevorgaben wurden für die bebaubaren Grundstücke im Planungsbereich festgelegt, um den jeweiligen Eigentümern die gleichen Bebauungsmöglichkeiten zu geben.

Die Differenzierung der einzelnen Grundstücke erfolgte durch die angegebenen Bauhöhen (oberster Punkt Gebäude), die sich auf die jeweiligen Geländehöhen beziehen.

Die Vorgaben der maximalen Bauplatzgröße erfolgte nicht willkürlich, sondern soll verhindern, dass auf dem Grundstück 1073 mit einer Größe von 1.441 m² ein durchgehender Baukörper errichtet wird, der in seiner Maßstäblichkeit einer geordneten baulichen Entwicklung in diesem Bereich entgegensteht.

Die anderen Baugrundstücke im Planungsbereich sind von der vorgegebenen Bauplatzgröße nicht beeinträchtigt.

Nachvollziehbarkeit der verkehrstechnischen Stellungnahme von Ingenieurbüro für Verkehrswesen Hirschhuber und Einsiedler OG vom 18.10.2021:

Email Ing. Hirschhuber, Verkehrsplaner, vom 24.01.2022:

Zu 3c) diese Abschrägung ergibt sich aufgrund der Bebauung der .342. Diese Abschrägung ergibt eine geringfügige Verbesserung der Befahrbarkeit gegenüber dem Bestand. Die Anfahrsichtweite wird ebenfalls verbessert, da die Einfriedungsmauer nur 80cm hoch ist, es handelt sich nicht um eine dauerhafte Freihaltung des Sichtfeldes hinter dieser Mauer, allerdings um eine Verbesserung, da zum Zeitpunkt der Bearbeitung auf der Einfriedungsmauer ein Lattenzaun aufgesetzt war, welcher jegliche Durchsicht verhinderte. Ein Verkehrsspiegel wurde bei der Umsetzung dieses Bauvorhabens auf Gp. .342 deshalb empfohlen.

Zu 3d)

Die Beurteilung baut auf die gängige Praxis zur Beurteilung von Erschließungsstraßen auf. Die beschriebene RVS 3.03.81 ist für die Feinerschließung ländlicher Gebiete anzusetzen, es stimmt nicht, dass diese nur im Freiland gilt.

Die angeführte roinfo-Praxis beschreibt die Straßenbreite mit 3,5m für zwei Bauplatztiefen (lg ca. 50m), bei der Erschließung von Wohngebieten sind es 4,5m. Angeführt wird in diesem „Praxishinweis“ der Abteilung Raumordnung, dass die Mindestbreiten anhand eines verkehrstechnischen Gutachtens verifiziert werden können. Dies wurde im gegenständlichen Fall auch gemacht, so wurde die bestehende Straße an neuralgischen Stellen angepasst (Aufweitung des Trichters, Errichtung einer Ausweiche in der Mitte). Die Breite ist ausreichend für die Begegnung Pkw/Fußgänger. Die Ausweiche ist auf die Begegnung von Lkw/Pkw ausgelegt, was wohl erfahrungsgemäß der anzusetzende Bemessungsfall auf solch einer gering frequentierten Straße ist.

Zu 3e)

Die Anliegerstraße ist ein technischer Begriff, die Widmung dieser Straße war nicht Bestandteil der Bearbeitung.

Formaler Fehler in der Kundmachung:

Nach telefonischer Rücksprache (am 24.01.2022) beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht, Frau Dr. Barbara Bischof, wurde festgestellt, dass in der Kundmachung ein sogenannter „Zahlendreher“ eingebaut wurde. Anstatt der Jahreszahl 2021 wurde die Jahreszahl 2020 geschrieben. In der Gemeinderatssitzung vom 24.11.2021 wurde der korrekte und vorliegende Bebauungsplan BEB 66-2021 allen GemeinderätInnen zur Abstimmung vorgelegt und am Beamer allen Anwesenden vorgezeigt.

Im Protokoll der Gemeinderatssitzung ist im Beschluss auch die korrekte Bezeichnung BEB 66-2021 angeführt. Das unterzeichnete Protokoll wurde allen GemeinderätInnen bereits zugesandt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Vorwurf Anlasswidmung für Bauwerber der Gp. 1075:

Der gegenständliche Bebauungsplan sichert eine geordnete bauliche Entwicklung samt der Lösung der bestehenden Zufahrtsproblematik, weshalb der Bebauungsplan entsprechend den Vorgaben des § 54 Tiroler Raumordnungsgesetzes für ein größeres funktional zusammenhängendes Gebiet vorgeschlagen wurde.

§ 54

Bebauungspläne (1) I./.

Die Bebauungspläne mit Ausnahme der ergänzenden Bebauungspläne (Abs. 9) sind möglichst für größere funktional zusammenhängende Gebiete zu erlassen.

Vom Planungsbereich nicht berücksichtigt wurden entlang der bestehenden Zufahrtsstraße, die bereits bebauten Grundstücke .342 (für das ein Bebauungsplan bereits besteht) und 1291/9 KG Wiesing sowie das nicht als Bauland gewidmete Grundstück 1286 KG Wiesing (Freiland).

Nutzflächendichte/ Straßenfluchtlinie:

Die Grundstücke östlich der bestehenden Zufahrtsstraße (Gst. 1076) wurden aufgrund des Baubestandes und der straßenseitig bestehenden, massiven Einfriedungen auf 1291/9 und aufgrund des bestehenden Bebauungsplanes für das Grundstück .342, nicht in den Bebauungsplan aufgenommen.

Eine Verlegung der geplanten Ausweiche auf das Grundstück 1287/2 wurde vom Verkehrsplaner geprüft. Aufgrund der bestehenden Einfriedungen auf Grundstück 1291/9 und der dadurch eingeschränkten Sichtweiten wurde diese Planung nicht weiterverfolgt (siehe auch Verkehrstechnische Stellungnahme).

Festgehalten wird, dass durch die geplante Erschließung, die sich zum Teil auf Gst. 1073 befindet, die Bebaubarkeit dieses Grundstückes durch die Festlegung der Baufluchtlinie in einem Abstand von 4,00 m von der ursprünglichen Grundgrenze zur Erschließungsstraße (ohne Verbreiterung) festgelegt wurde. Dies bedeutet, dass die verkehrstechnisch erforderlichen Maßnahmen im Bereich vor der Baufluchtlinie stattfinden, wodurch die Bebaubarkeit des Grundstückes 1073 durch die geplante Straßenverbreiterung nicht eingeschränkt wird.

Ein Abstand von 4 m von der Straße ist auch im restlichen Gemeindegebiet eine gängige Vorgabe.

Übernahme der Verkehrsfläche ins Öffentliche Gut:

Eine eventuelle Übernahme der Verkehrsfläche ins öffentliche Gut kann nicht im Rahmen der Bebauungsplanung geregelt werden. Grundsätzlich gab es diesbezüglich bereits Vorgespräche mit Alt-Bgm. Alois Aschberger.

In einem Bebauungsplan ist jedenfalls die Erschließung des vom Bebauungsplan umfassten Bereiches zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wurde ein Ingenieurbüro für Verkehrsplanung beauftragt, eine möglichst flächenschonende Lösung für die Erschließung der Grundstücke im Planungsbereich des gegenständlichen Bebauungsplans zu erarbeiten.

Öffentliches Interesse der Bebaubarkeit:

Im gegenständlichen Fall hat das Tiroler Landesverwaltungsgericht die Bebauungsplanpflicht für die Umsetzung des geplanten Bauvorhabens auf Gst. 1075 festgestellt.

Aus diesem Grund war die Erlassung eines Bebauungsplanes erforderlich, der entsprechend den Vorgaben des Tiroler Raumordnungsgesetzes für ein größeres funktional zusammenhängendes Gebiet erlassen werden soll und die bestehenden Erschließungsmängel durch die bestehende Wegführung behoben werden sollen.

Die angeführte unzulässige Begünstigung eines Bauwerbers ist juristisch zu prüfen und keine raumordnungsfachliche Fragestellung.

Bezüglich der vorgegebenen Dichte und deren Auswirkung auf das Ortsbild kann festgehalten werden, dass die Dichtevorgabe mit einer Nutzflächendichte von höchstens 0,6 für den gesamten Planungsbereich der Dichteklasse 1 entspricht und somit die Vorgaben des Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Wiesing eingehalten sind.

Die Baugrundstücke im Planungsbereich des Bebauungsplanes sind bereits als Wohngebiet gewidmet. Eine beabsichtigte Bebauung, wie in der Stellungnahme angeführt, mit Einfamilienhäusern ist aus raumordnerischer Sicht nicht mehr zeitgemäß. Eine Verdichtung der Bauweise zur Erzielung leistbaren Wohnraumes ist nicht nur aus Sicht des Bodensparens, sondern auch entsprechend der Ziele der örtlichen Raumordnung wünschenswert.

Weiters wird festgehalten, dass das Bauvorhaben der Fa. HOME Immobilien M.H. GesmbH nach den bei der Gerichtsverhandlung vorliegenden Plänen ein Wohnhaus mit 5 Wohneinheiten darstellt und keine Wohnanlage im Sinne der Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 5 der Tiroler Bauordnung 2018.

Die Gemeinde muss und kann sich nur auf die Stellungnahme von DI Kotai berufen, er ist der für die Gemeinde tätige Sachverständige.

Aufgrund der im Bebauungsplan vorgesehenen Vorgaben in Bezug auf Dichten und Bauhöhen kann kein Widerspruch zur bestehenden Umgebungsbebauung festgestellt werden.

Im Anschluss an die Auflistung aller Argumente der eingegangenen Stellungnahmen und der Behandlung der Punkte durch den Raumplaner entsteht eine rege Diskussion im Gemeinderat über den gegenständlichen Tagesordnungspunkt.

Bgm. Schiestl Stefan:

Diskussion ist zweckmäßig und wird auch zugelassen.

Wir haben auch früher Bebauungspläne erlassen, die eine Geschoßflächendichte von 0,7 enthielten.

GR Klammer Hubert:

GR Klammer betont, dass er generell nichts gegen die Erlassung des vorliegenden Bebauungsplanes habe, und auch nichts gegen den Bau der Wohnungen auf Gst. Nr. 1075. Es müsse aber vorher mit den Grundeigentümern gesprochen werden, sonst würde der Gemeinderat in eine indirekte Enteignung zustimmen.

Der Vorsitzende hinterfragt den Begriff der „indirekten Enteignung“ und betont, dass im Zuge der gesamten Planung bereits mehrmals mit allen Grundeigentümern Kontakt aufgenommen wurde, um eine gütliche und einheitliche Lösung für alle hervorzubringen. Leider konnte jedoch kein Konsens erzielt werden.

GR Rott Michael:

GR Rott kritisiert, dass der Raumplaner DI Kotai, trotz Ankündigung, heute wieder bei der Sitzung nicht anwesend sei, um wichtige Fragen zu beantworten.

Bgm. Stv. Keiler Hermann weist den Vorwurf zurück und betont, dass der Raumplaner, bekannterweise, aus gesundheitlichen Gründen heute nicht anwesend sein könne.

Zudem betont der Vorsitzende, dass der Raumplaner in dieser Angelegenheit bereits zweimal Rede und Antwort im Zuge einer Bau- und Umweltausschusssitzung in Wiesing gestanden habe.

Nach ausführlicher Diskussion und mehreren Wortmeldungen beendet der Vorsitzende diesen Tagesordnungspunkt.

3. Neuerlicher Beschluss zum Entwurf des Bebauungsplanes im Bereich der Gst.Nrn. 1073, 1075, 1076, 1287/2 und .343

Der Bürgermeister bittet, nachdem im vorigen Tagesordnungspunkt die eingelangten Stellungnahmen ausführlich besprochen wurden und alle GemeinderätInnen die Möglichkeit zur Diskussion hatten, um eine neuerliche Abstimmung zum Entwurf des Bebauungsplanes BEB/66-2021 vom 04.11.2021.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing hat in seiner Sitzung vom 24.11.2021 die Auflage des von DI Christian Kotai ausgearbeiteten Entwurfes über die Erlassung eines Bebauungsplanes vom 04.11.2021, Zahl BEB 66-2021, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme beschlossen. Der ausgearbeitete Entwurf umfasst den Planungsbereich der Grundstücke Nr. 1073, 1075, 7076, 1287/2 und .343.

Gleichzeitig wird in der Sitzung vom 24.11.2021 gemäß §64 Abs. 3 TROG 2016 der Beschluss über die Erlassung des gegenständlichen Bebauungsplanes im Gemeinderat der Gemeinde Wiesing gefasst.

Während der Auflage- und Stellungnahmefrist sind folgende Stellungnahmen eingelangt:

- Stellungnahme von Herrn Kainer Herbert, Dorf 3, 6210 Wiesing vom 19.12.2021 (eingelangt am 28.12.2021)
- Stellungnahme von Herrn Kainer Herbert, Dorf 3, 6210 Wiesing vom 20.12.2021 (eingelangt am 30.12.2021)
- Stellungnahme von Frau Zingerle Alexandra, Rofansiedlung 479, 6210 Wiesing und Mitunterfertigte (Frau Chelucci Maria, Herr Theuretzbacher Marco, Herr Rott Michael, Frau Verra Patrizia, Herr Danzl Stefan, Herr Klammer Hubert) vom 22.12.2021 (eingelangt am 28.12.2021)
- Stellungnahme von Frau Zingerle Alexandra, Rofansiedlung 479, 6210 Wiesing und Mitunterfertigte (Frau Chelucci Maria, Herr Theuretzbacher Marco, Herr Rott Michael, Frau Verra Patrizia, Herr Danzl Stefan, Herr Klammer Hubert) vom 27.12.2021 (eingelangt am 30.12.2021)
- Stellungnahme von RA Dr. Walzel von Wiesintreu Thomas, in Vertretung für Herrn Ing. Kreidl Alois, Frau Dr. Kreidl Lisa Maria, BSc und Herrn Kreidl Stefan vom 27.12.2021 (eingelangt per Email am 27.12.2021)

Auf Antrag des Bürgermeisters stimmt der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung gemäß § 64 Abs. 5 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, gegen die Erlassung des von DI Kotai Christian vom 04.11.2021, Zahl BEB 66-2021, ausgearbeiteten Bebauungsplanes.

Eine Stimmenthaltung gilt als Nein – Stimme. Somit wird der Beschluss über die Erlassung des vorliegenden Bebauungsplanes vom Gemeinderat abgelehnt.

4. Änderung Flächenwidmungsplan eines Teilbereiches der Gst. Nr. 963/138, KG Wiesing – Kirchmair Gerhard und Claudia

Der Gemeinde Wiesing liegt ein Antrag der Familie Kirchmair vom 24.11.2021 vor, in dem sie um die Änderung eines Teilbereiches der Gst. Nr. 963/138 von Sonderfläche Gasthaus in gemischtes Wohngebiet ansuchen. Sie wollen auf diesem Bereich ein Tiny House errichten.

Vom Gemeinderat wurde das Ansuchen in der Sitzung vom 24.11.2021 einstimmig positiv beurteilt. Der Raumplaner DI Kotai Christian wurde mit der Planung des Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes in diesem Bereich beauftragt.

Für die Flächenwidmungsplanänderung ist noch ein Lärmgutachten vorzulegen, die Kosten dafür sind vom Widmungswerber zu tragen.

Es liegt bis jetzt ein Angebot vor. Zwei weitere werden auf Wunsch des Widmungswerbers noch eingeholt werden.

Am Beamer wird der Ordnungsplan für den Bereich der Umwidmung der Teilfläche auf Gst. Nr. 963/138 vorgezeigt.

Beschluss:

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing einstimmig gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, den von DI Kotai Christian ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing vom 13.12.2021, Zahl 939-2021-00003 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing vor:

Umwidmung

Grundstück 963/138, KG 87014 Wiesing

von rund 2610 m²

von Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Gasthaus mit Fremdenpension in

Sonderfläche für Widmungen mit Teilfestlegungen § 51, Festlegung verschiedener Verwendungszwecke der Teilflächen [iVm. § 43 (7) standortgebunden], Festlegung Zähler: 1

sowie

alle OG und UG (laut planlicher Darstellung) rund 398 m²

in

Gemischtes Wohngebiet § 38 (2) mit zeitlicher Befristung § 37a (1), Festlegung Zähler: 1

sowie alle OG und UG (laut planlicher Darstellung) rund 2212 m²

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Gasthaus mit Fremdenpension.

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 einstimmig der Beschluss über die entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing gefasst. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

5. Änderung Flächenwidmungsplan eines Teilbereiches der Gst. Nr. 880, KG Wiesing – Thaler Lukas

Der Gemeinde Wiesing liegt ein Antrag auf Umwidmung eines Teilbereiches der Gst. Nr. 880, KG Wiesing vor. Das Teilgrundstück wurde von Herrn Lukas Thaler, Thaler GmbH, Dikat 4000, 6210 Wiesing, von der ÖBB Infrastruktur Aktiengesellschaft käuflich erworben. Für die Grundstücksvereinigung ist eine flächengleiche Widmung der Grundstücke 880 und 1431/2 (Lukas Thaler) nötig. Der Raumplaner DI Kotai Christian wurde mit der Planung des Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes in diesem Bereich beauftragt.

Am Beamer wird der Ordnungsplan für den Bereich der Umwidmung der Teilfläche der Gst. Nr. 880 vorgezeigt.

Beschluss:

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing einstimmig gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, den von DI Kotai Christian ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing vom 02.12.2021, Zahl 939-2021-00004 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing im Bereich des Grundstückes 880, KG Wiesing, vor:

Umwidmung
Grundstück 880, KG 87014 Wiesing

von rund 950 m²
von Freiland § 41

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Erdbeweger.

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 einstimmig der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wiesing gefasst. Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

6. Vergabe Arbeiten Dachsanierung Gemeindewohnhaus Dorf 69a

Bgm. Stv. Keiler Hermann berichtet von der geplanten Sanierung des Daches im Gemeindewohnhaus Dorf 69a.

Für die geplante Dachsanierung liegen der Gemeinde Wiesing zwei Angebote (Firma Spenglerei und Dachdeckerei Mark Schrettl und Firma Rieder/ Opbacher) vor.

Die beiden Angebote werden im Vergleich am Beamer allen Anwesenden vorgezeigt.

Zimmermeisterarbeiten

	Fa. Schrettl	Fa. Rieder
Schutzeinrichtung	1.148,96	2.211,47
Abbruch, Demontage	5.015,80	6.126,22
Dachfläche, Lattung (Kontra, Dach)	9.529,92	8.259,91
Vordeckbahn + Dämmung	12.941,73 (187m ²)	13.143,65 (163m ²)
Dachfenster: Verkleidung + Einbau	570,00	1.901,73
Oberflächenbehandlung		389,25
	29.206,41	32.032,23
Nachlass 5 %	1.460,32	
Zwischensumme	27.746,08	32.032,23
MWST	5.549,21	6.406,45
Bruttosumme	33.295,29	38.438,68
4 % Skonto	1.331,81	-3%, -3%
Gesamtsumme	31.963,48	36.166,95

Spengler- und Dachdeckerarbeiten

	Fa. Schrettl	Fa. Opbacher
Spenglerarbeiten	8.696,92	4.619,25
Dachdeckerarbeiten/ Tondach	8.448,38	13.427,11
	17.145,30	18.046,36
Nachlass 5 %	857,26	
Zwischensumme	16.288,04	18.046,36
MWST	3.257,61	3.609,27
Bruttosumme	19.545,65	21.655,63
4 % Skonto	781,26	-3%, -3%
Gesamtsumme	18.764,39	20.375,78

Gesamtskosten:

€ 50.727,87

€ 56.542,73

Mit beiden Firmen wurden nach den Angebotslegungen noch zusätzliche Gespräche und Preisverhandlungen geführt.

Die bestehenden Dachfenster wurden von beiden Firmen begutachtet. Ein Austausch der Fenster ist nicht nötig. Sie wurden erst vor ca. 8 Jahren neu eingebaut. Im Zuge der Umbauarbeiten sollen sie aber neu verkleidet und wieder eingebaut werden.

Das Angebot von der Firma Spenglerei und Dachdeckerei Mark Schrettl wurde bereits vor 2 Jahren vorgelegt und der Preis ist unverändert geblieben. Ein weiterer Vorteil des Angebotes der Firma Spenglerei und Dachdeckerei Mark Schrettl ist, dass die gesamte Sanierung, Zimmererarbeiten und Spenglerarbeiten, von einer Firma durchgeführt werden. Beim Angebot der Firma Rieder würden die Spenglerarbeiten von der Firma Opbacher verrichtet werden.

Die nötigen Vorarbeiten für die Dachsanierung, wie z.B. Entfernung der Dellwolle, werden durch die Bauhofmitarbeiter durchgeführt.

Nach Beschluss im Gemeinderat soll die ausführende Firma umgehend beauftragt werden.

Der Wunsch der Gemeinde ist, dass die Arbeiten im März 2022 begonnen werden können.

GR Singer Andreas bringt dazu noch an, dass die Firma Spenglerei und Dachdeckerei Mark Schrettl bekannt dafür sei, den zugesagten Zeitplan für die Arbeiten nicht einzuhalten. Dies sei evtl. noch zu beachten und zu hinterfragen.

Die Mieter der Wohnung in Dorf 69a/3, Familie Santeler, werden nach der Gemeinderatssitzung über die Zeitplanung der Sanierungsarbeiten informiert.

Der Bürgermeister bedankt sich beim Bgm. Stv. Keiler Hermann für die Einholung der Angebote und für die Durchführung Preisverhandlungen.

Für die Dachsanierung besteht für die Gemeinde eine Fördermöglichkeit im Zuge der Wohnhaussanierung in der Höhe von 25% der Gesamtkosten. Außerdem können auch noch Förderungen im Zuge der Mitgliedschaft bei der KEM, Klima- und Energiemodellregion, beantragt werden.

Nach der Dachsanierung seien dann die meisten, die Sanierung der Wohnung Dorf 69a/3 betreffend, und von den Mietern vorgebrachten Punkte abgearbeitet.

Die Mieter können somit nach Abschluss der Arbeiten wieder die Wohnung Dorf 69a/3 beziehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing beschließt einstimmig die nötigen Arbeiten für die Dachsanierung des Gemeindewohnhauses Dorf 69a laut vorliegendem Angebot an die Firma Spenglerei und Dachdeckerei Mark Schrettl Münster zu vergeben.

7. Beschluss Verordnung Friedhofsgebühren der Gemeinde Wiesing

Die bestehende Verordnung der Gemeinde Wiesing zu den Friedhofsbenützungsgebühren ist mit 01.01.2001 in Kraft getreten.

Mittlerweile steht den Gemeinden vom Land Tirol eine neue Vorlage zur Verordnung über die Einhebung der Friedhofsbenützungsgebühren zur Verfügung.

Die Verordnung wurde in der Verwaltung neu überarbeitet und zur Vorprüfung an die zuständige Abteilung gesendet.

Nun wird dem Gemeinderat die neue Verordnung zur Einhebung der Friedhofsbenützungsgebühren zum Beschluss vorgelegt.

Die aktuelle Verordnung wird allen Anwesenden am Beamer vorgezeigt.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Wiesing beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die vorgelegte Verordnung zur Erhebung von Friedhofsbenützungsgebühren. Die Verordnung wird nach der Kundmachungsfrist zur Verordnungsprüfung an die zuständige Abteilung des Landes Tirol gesendet werden.

8. Anfragen, Anträge und Allfälliges

- 2 Lampen beim Musikpavillon:

Bgm. Schiestl berichtet, dass im Bereich des Musikpavillons zwei neue Straßenlampen gekauft und aufgestellt werden sollen.

Es liegen dazu bereits zwei Angebote vor.

- Grünangerl – Schneeräumung

Die Schneeräumung des Grünangerl Weges wird seitens des TVB Achensee in Auftrag gegeben und regelmäßig durchgeführt. Für die Gemeinde Wiesing entstehen dadurch keine Kosten.

- Informationspflicht der Verwaltung gegenüber den GemeinderätInnen:

Die Amtsleiterin informiert den Gemeinderat darüber, dass am 26.01.2022 GR Zingerle zum wiederholten Male ins Gemeindeamt kam, um Einsicht in den Bebauungsplan BEB/66-2021 vom 04.11.2021 zu nehmen.

In diesem Zuge hat GR Zingerle die Amtsleiterin damit konfrontiert, ihr falsche Pläne vorgelegt zu haben. Diesen Vorwurf weist die Amtsleiterin zurück.

Im Zuge der Einsichtnahme durch GR Zingerle konnte die Unterstellung eindeutig widerlegt werden.

Alle Pläne und Einreichunterlagen im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan waren im Akt vorhanden. Die Amtsleiterin betont, dass Unterstellungen dieser Art ein effizientes und kollegiales Arbeiten zwischen Verwaltung und Gemeinderat erschweren würden.

Die Stellungnahme der Amtsleiterin wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

GR Rott Michael:

- Abwesenheit DI Kotai:

GR Rott stellt klar, dass er mit seiner Aussage zur Abwesenheit von DI Kotai bei der heutigen Sitzung den Raumplaner nicht persönlich angreifen wollte.

Er betont, dass der Raumplaner mit seiner Fachexpertise bei der heutigen Sitzung eindeutig Rede und Antwort stehen hätte können.

Er hätte auch einen Stellvertreter schicken können.

- Eingangstür Dr. Radacher:

GR Rott erkundigt sich, was in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.01.2022 bezüglich der Situation zur Eingangstür bei der Ordination Dr. Radacher besprochen und vereinbart wurde.

Der Bürgermeister erwidert, dass das Thema der Eingangstür im zuständigen Ausschuss ausführlich behandelt wurde.

Die Tür wurde von der Landesstelle für Brandverhütung laut geltendem Brandschutzplan genehmigt.

Der Fluchtweg in der Ordination sei an zwei Stellen (Eingangstür und Tür Richtung Westen/ Feuerwehr) gegeben.

GR Amplatz bringt dazu an, dass er derzeit selber im Zuge eines Umbaus einen Brandschutzplan erstellen hat lassen. Laut Gesetz sei der Fluchtweg immer der kürzeste Weg, abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsort der sich in der Praxis befindenden Person. Somit wäre der kürzeste Fluchtweg aus dem Bereich der Ordination Dr. Radacher über den hinteren Ausgang, in Richtung Feuerwehr Garage.

Die Öffnungsrichtung der Eingangstür der Ordination werde nicht geändert.

In diesem Zusammenhang verweist der Bürgermeister darauf, dass bereits mehrere Gespräche mit Frau Dr. Radacher geführt wurden, diese jedoch zu keinem Konsens führten. Die Kommunikation mit Frau Dr. Radacher sei nicht einfach.

Ein Gespräch mit Frau Dr. Radacher, ihrem Gatten, der Amtsleiterin und dem Bürgermeister in der Gemeinde wurde nach wenigen Minuten von Frau Dr. Radacher abgebrochen, ohne weitere Argumente vorzubringen.

Die Gemeinde Wiesing als Vermieterin habe sich immer für die Ärztin eingesetzt. Es liege ein zeitlich unbegrenzter Mietvertrag vor, zu einem m²-Preis von 9,00 €. Ein reservierter Parkplatz ist nicht im Mietvertrag inkludiert. Dieser wurde seitens der Gemeinde zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich wurde durch den Umbau der Gemeinde mit dem Windfang im Eingangsbereich ein weiterer öffentlicher Wartebereich für die Ordination geschaffen, der auch von der Mieterin genutzt werden kann.

Der Vorsitzende informiert, dass ihn der Anwalt von Frau Dr. Radacher kontaktiert habe.

Er habe auch ihm mitgeteilt, dass es in der Ordination eine zweite Fluchttür nach außen gäbe.

Die Gemeinde Wiesing möchte, dass die Ärztin im Ort bzw. in den bestehenden Räumlichkeiten bleibt. Seitens der Gemeinde wurde dies bereits mehrfach in Gesprächen betont.

Im Bau- und Umweltausschuss wurde darüber kein Beschluss gefasst, es wurde aber einheitlich suggeriert, dass sich die Mitglieder einig sind, dass die Eingangstür nicht geändert werden soll, und dass dies auch zeitnah der Ärztin mitgeteilt werden soll.

- **Kostenüberschreitung Umbau Gemeinde:**

GR Rott Michael erkundigt sich bezüglich der Überschreitung der Kosten im Zuge des Umbaus Gemeinde.

Er kritisiert, dass die Bauaufsicht, Herr Ing. Leutgeb, bei der Preissteigerung früher einschreiten hätte müssen.

GR Untermair Christian widerspricht GR Rott. Im Überprüfungsausschuss sei man einhellig zum Ergebnis gekommen, dass es sich bei den Mehrkosten um Mehrleistungen handle, aber nicht um Überschreitungen. Man sei im Nachhinein darauf gekommen, dass diese Mehrleistungen in Auftrag gegeben werden müssen.

GR Verra Patrizia:

GR Verra hinterfragt die Qualifikation vom Planer Ing. Leutgeb als Bauplaner für die öffentliche Verwaltung.

Sie kritisiert, dass z.B. 70 m² Boden nicht angeboten wurden, dass die Brandschutztüren und auch Fensterbänke vergessen wurden.

GR Untermair betont, dass dafür noch das restliche Honorar von Ing. Leutgeb zurückbehalten wurde.

Die Mehrleistungen hätten auf jeden Fall investiert werden müssen, auch wenn es vorher bekannt gewesen wäre. Das hätte am Endbetrag für die Gemeinde nichts geändert.

- **Straße Bradl:**

GR Klammer Hubert bringt vor, dass die Straße im Bereich Bradl zum Teil defekt und sanierungsbedürftig sei.

Der Bauhofleiter soll darüber in Kenntnis gesetzt werden.

- Termine Bau- und Umweltausschusssitzung:

Ersatz GR Fuchs Franz schlägt vor, dass in Zukunft, die Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses nicht so kurzfristig vor der Gemeinderatsitzung terminisiert werden sollen.

Der Vorsitzende nimmt dies zur Kenntnis.

- Schikurs Kindergarten:

Ersatz GR Furtner erkundigt sich, warum im Kindergarten Wiesing ein Schikurs durchgeführt wurde, obwohl vom Land Tirol in der derzeitigen epidemiologischen Situation ausdrücklich empfohlen wurde, keine externen Veranstaltungen durchzuführen.

Weiters kritisiert sie, dass die Anmeldung zum Schikurs nicht an den Kindergarten 2 übermittelt wurde.

Bgm. Stv. Keiler Hermann betont, dass es zu diesem Thema eine Online Besprechung mit Frau Prantl gab. Frau Prantl war bereits im Vorfeld über den geplanten Schikurs informiert, weil sich Eltern vom Kindergarten 2 an die Gemeinde gewandt haben, um ihre Kinder ebenfalls zum Schikurs anzumelden.

Bei der Online Besprechung mit Frau Prantl wurde sie angewiesen, die Anmeldungen an die Eltern des Kindergarten 2 auszuteilen und die retour gekommenen Anmeldungen umgehend an die Leiterin des Kindergarten 1 zu übermitteln.

Frau Prantl hätte sich auch aus eigener Initiative aus beim Erhalter oder bei der Leitung des Kindergartens 1 bezüglich der Planung und Durchführung des Schikurses informieren können. Somit hätten unnötige Kommunikationsprobleme vermieden werden können.

Der Obmann des Kindergartenausschusses, GR Keiler Hermann, betont in diesem Zusammenhang, dass die Leitung vom Kindergarten 2 nicht an einer kommunikativen Zusammenarbeit mit dem Kindergarten 1 und dem Erhalter interessiert sei. Es gäbe immer wieder Diskussionen zwischen Dienstgeber und der Dienstnehmerin Prantl deswegen, und das sei bereits allen Beteiligten seit Jahren bewusst.

Frau Prantl hätte jederzeit einen Schikurs organisieren können und dazu Rücksprache beim Erhalter einholen können.

Die Amtsleiterin schlägt vor, den genauen Ablauf der Planung des Schikurses bei der Leitung des Kindergarten 1 zu hinterfragen und dies dann dem Gemeinderat mitzuteilen.

Der Bürgermeister betont, dass in Zukunft regelmäßige Besprechungen mit den MitarbeiterInnen beider Kindergärten und auch mit der Leitung der Volksschule stattfinden werden.

Außerdem freue es ihn, dass laut Anmeldungen, sehr viele Kinder aus beiden Kindergärten am Schikurs teilnehmen werden.

9. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit:

10. Personalangelegenheiten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit):

Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Wiesing, am 14.03.2022

.....
(Bürgermeister)

.....
(Schriftführerin)

.....
(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)